

JUSOS MÜNCHEN

Antragsbuch UBK

Anträge zur Unterbezirkskonferenz der Jusos München

vom 19. August 2009
im Gasthof Alte Messe



FÜR EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT - VON LINKS GESTALTET

AntragstellerInnen Projektgruppe Ökologie
Ansprechpartnerin Lena Sterzer
AdressatInnen Juso Oberbayern
SPD-Bundestagsfraktion

01 Der Mensch hat stets in seine Umwelt eingegriffen, sie gestaltet und geprägt. Doch der Eingriff des
02 Menschen in die Natur hat mit wachsenden technischen Möglichkeiten und steigendem, ungezügelterm
03 Verbrauch der Ressourcen, insbesondere durch die entwickelten Industrienationen, ein Maß erreicht, an
04 dem er die Lebensgrundlage aller bedroht.

05

06 Das wir eine umfassende Energiewende brauchen, sollte unumstritten sein. Es geht dabei nicht nur um
07 Naturschutz oder Moral, sondern darum, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu retten und eine sozia-
08 le und wirtschaftliche Zukunft, nicht nur für Deutschland, zu erreichen. Gerade wir, als Jusos, müssen uns
09 bewusst sein, dass die Folgen des Klimawandels zuerst die Menschen treffen, die am wenigsten dazu bei-
10 getragen haben. Deshalb müssen wir handeln. Und zwar jetzt.

11

12 Mittlerweile haben sich die meisten Parteien den Klimaschutz auf die Fahnen geschrieben – es ist nicht
13 sozial und links, für eine Energiewende zu sein, sondern wer links ist, muss für eine Energiewende stehen
14 und für deren Ausgestaltung, besonders auch im sozialen Sinne, eintreten. Wir wollen weg von einer
15 Symbolpolitik, hin zu konkreten Maßnahmen, die bei den Menschen ankommen und Wirkung zeigen. Das
16 ist schwierig, vor allem wenn Lobbyisten aus verschiedensten Branchen versuchen den Klimawandel klein
17 zureden. Dass der Klimawandel stattfindet und von Menschen verursacht ist, dürften nur noch die
18 Wenigsten abstreiten, dennoch bleiben konkrete Maßnahmen aus. Kein Wunder, wenn sogar Firmen wie
19 Shell, Vattenfall und Lufthansa in groß angelegten Werbekampagnen versuchen uns von ihrer „Grünen
20 Seite“ zu überzeugen.

21

22 Aber ein Wandel ist nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Notwendigkeit. Deutschland als
23 rohstoffarmes Land hat immer auf Forschung und Technik gesetzt, es ist jetzt Zeit zu handeln, wenn wir als
24 wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort bestehen wollen. Und nur so hat auch die Sozialdemokratie eine
25 Zukunft – jetzt ist die Zeit für neue Investitionen in Forschung und Wissenschaft. Nur wenn wir diese
26 Chance jetzt wahrnehmen, haben unsere sozialen Sicherungssysteme wieder eine Zukunft. Der Wandel
27 muss auf allen Ebenen statt finden, wir brauchen ein Umdenken in der Gesellschaft. Diesen erreichen wir
28 nicht mit Appellen oder Moral, diesen erreichen wir nur mit viel Aufklärung, Fördermaßnahmen und star-
29 kem politischem Willen. Der Wandel geschieht nicht über Nacht, deshalb müssen wir ihn jetzt beginnen.

01 **Einsparmöglichkeiten und Effizienz**

02

03 Bevor wir über Energieproduktion und -nutzung nachdenken, müssen wir uns über Effizienz und
04 Sparpotentiale Gedanken machen. Jede/r kann im privaten Haushalt Energie sparen. Das hilft sowohl den
05 BürgerInnen selbst, weil sie Geld sparen, als auch dem Klima. Wenn private Haushalte weniger Energie
06 verbrauchen, darf dabei aber nicht an Lebensqualität gespart werden. Ziel ist es, unnötig verbrauchte
07 Energie zu vermeiden, das kann sowohl über moderne Elektrogeräte geschehen, wie auch über energeti-
08 sche Gebäudesanierung, mit der bis zu 50% der Heizenergie gespart werden können.

09

10 Hier ist es Aufgabe des Staates, BürgerInnen zu unterstützen. Einerseits mit Aufklärungskampagnen zur
11 Energie- und Wasserverbrauchsoptimierung, um ein ökologisches Bewusstsein zu fördern, andererseits mit
12 finanzieller Unterstützung. Hier gilt es weitere Förderprogramme, beispielsweise für Sanierung und
13 Photovoltaik oder Brauchwassernutzung, einzuführen. Bund, Länder und Kommunen sollen hier als Vorbild
14 fungieren und öffentliche Gebäude mit modernen Anlagen ausstatten. Wichtig ist, dass alle Kommunen
15 hierbei mitziehen, das heißt weniger finanzkräftige Gemeinden müssen unterstützt werden. Oft rechnen
16 sich Modernisierungsmaßnahme erst nach einigen Jahren und sind in der Anschaffung sehr kostenintensiv,
17 was bei vielen VerbraucherInnen ausschlaggebend ist. Hier müssen Förderprogramme, wie auch günstige
18 Kreditoptionen greifen. Zusätzlich ist es sinnvoll, Informationsmaterial und Kostenaufstellungen zur
19 Verfügung zu stellen. Das vom DGB mitentwickelte Konzept eines Energiesparfonds zur Unterstützung bei
20 der Erschließung von Energiesparpotentialen unterstützen wir. Möglich wäre auch ein niedrigerer
21 Mehrwertsteuersatz für bestimmte Produkte. Sozial Benachteiligte gilt es zusätzlich zu den Regelsätzen,
22 mehr als bisher, bei der Anschaffung von effizienteren Geräten zu unterstützen. Schließlich sind es
23 Einkommensschwache, die am meisten unter hohen Energiekosten leiden. So werden sie entlastet und
24 Unternehmen bekommen zusätzlich Anreize effizientere Produkte herzustellen. Auch gesetzliche
25 Regelungen, bei Neubauten oder Sanierungen erhöhte Standards bezüglich Energieverbrauch festzule-
26 gen, tragen erheblich dazu bei Energie einzusparen und ein Umdenken zu beschleunigen. Bei der ener-
27 getischen Gebäudesanierung darf insbesondere sozial geförderter Wohnungsbau nicht zu kurz kommen,
28 damit die Mietnebenkosten in Zeiten steigender Energiepreise auch für Einkommensschwache bezahlbar
29 bleiben. Selbstverständlich dürfen Kosten für energetische Sanierung nicht auf Mieten umgelegt werden,
30 da sonst die MieterInnen durch Sanierungsmaßnahmen benachteiligt würden.

31

32 Das Modell eines Energieeffizienztarifs halten wir für sinnvoll. Hierbei zahlt jedeR einen sozial verträglichen
33 Fixpreis für die Sicherung der Grundversorgung, z. B. 500 kwh pro Kopf und Jahr, darüber hinaus gehen-
34 der Bedarf ist preislich progressiv ansteigend. So ist ein Anreiz für geringeren Verbrauch gegeben und die
35 energetische Grundversorgung ist zu einem sozialverträglichem Preis gewährleistet. Sollte sich dieses
36 Modell auch in der Praxis bewähren, fordern wir eine gesetzliche Verpflichtung kommunaler und privater
37 Energieversorger einen derartigen Tarif anzubieten.

01 Menschen zu Verzicht und Sparsamkeit aufzufordern, wird keinen Erfolg haben, wenn sie dadurch einen
02 Teil ihrer Lebensqualität einbüßen müssen. Natürlich soll jedeR seinen/ihren kleinen Teil für die Gesamtheit
03 leisten und Energie nicht sinnlos verschwenden, ein ökologisches Bewusstsein ist gut und wichtig. Trotzdem
04 muss der Staat zusätzlich dafür sorgen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben ökologisch verträglich
05 zu leben, ohne an Lebensqualität zu verlieren.

06

07 Effizienzmaßnahmen sind in allen Bereichen möglich, in besonderem Maße jedoch in der Industrie. Hier
08 können wir nicht warten, bis Unternehmen effizientere Technologien von selbst umsetzen, sondern müssen
09 mit gesetzlichen Vorgaben auf eine schnellere Umsetzung drängen. In diesem Zuge können auch
10 Vorgaben für eine Verwendung von nachhaltigen Rohstoffen gemacht werden. Ziel ist nachhaltige
11 Produktion auch zur wirtschaftlich rentabelsten zu machen.

12

13 Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft Wenn wir hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik wollen, müs-
14 sen wir unsere Lebens- und Produktionsweisen umstellen. Das funktioniert aber nur mit einher gehenden
15 konsequenten technologischen Fortschritten. Eine ökologische Forschungs- und Industriepolitik ist eine
16 gesamtgesellschaftliche Anstrengung, die nicht von einigen wenigen alleine getragen werden kann.

17 Durch die beiden momentanen Krisen, die Klima- und die Finanzmarktkrise, reagieren
18 VerantwortungsträgerInnen sehr unterschiedlich. Während manche versuchen die Strategien zur Überwin-
19 dung beider Krisen zu verknüpfen, was richtig und sinnvoll ist, gibt es andere, die Klimaschutzmaßnahmen
20 mit Rücksicht auf die ohnehin schon angespannte Wirtschaft auf ein Minimum reduzieren wollen. Das ist
21 der falsche Weg. Wirtschaftlich notwendige Investitionen müssen gerade jetzt mehr den je auf einen öko-
22 logischen Strukturwandel hinwirken – ohne diese Synergien lässt sich keine von beiden Krisen bewältigen.
23 Wir brauchen wieder eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte einhergehend mit Investitionen in
24 Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit.

25

26 Wir wollen keinen industriellen Rückbau, sondern eine ökologische Weiterentwicklung der Industrie, in der
27 ökonomische Rentabilität und ökologische Nachhaltigkeit keine Gegensätze sind, die gegeneinander aus-
28 gespielt werden, sondern sich gegenseitig bedingen. Ein nachhaltiger Energiewandel ist realistisch und er
29 ist nötig, damit Energie privaten Haushalten und Unternehmen durchgehend zur Verfügung steht. Er schafft
30 neue Arbeitsplätze zum Wohle der Menschen und nicht für kurzfristige Profite. Wir wollen unseren heuti-
31 gen Lebensstandart erhalten und ausbauen, und das nicht auf Kosten anderer.

32

33 Wachstum und Energie- oder Ressourcenverbrauch müssen entkoppelt werden. Wir können in diesem
34 Punkt nicht auf die Industrie warten, die Bundesregierung muss gezielt Anreize und gesetzliche
35 Verpflichtungen schaffen, die Unternehmen in die Pflicht zu nehmen und dazu zu bringen aktiv in nach-
36 haltige Herstellungsprozesse und Produkte zu investieren. Wir unterstützen Top-Runner-Modelle, welche
37 effiziente Produkte automatisch nach einiger Zeit als Standard festlegen. Um hierbei erfolgreich zu sein,
38 bedarf es einer kontinuierlichen Modernisierung bestehender Wirtschaftszweige, zudem müssen neue

01 Technologien, auch unabhängig von staatlicher Seite aus, gefördert werden. Neue und innovative Produkt
02 sind aber nicht zwangsläufig optimal. Hier dürfen wir uns nicht von großen Effizienzwerten blenden lassen,
03 sondern müssen nach wie vor strenge Qualitätsmerkmale fordern und dementsprechend neue Produkte
04 daraufhin prüfen.

05

06 Wir wollen keine Steuervergünstigungen für nachhaltige Produktionsanlagen, diese sollten bald selbstver-
07 ständlich sein, sondern Sanktionen für nicht eingehaltene Nachhaltigkeitsstandards. Mit dem Ziel eines
08 emissionsarmen Wirtschaftens setzen wir uns für einen Ausbau, aber vor allem eine Verbesserung, des
09 Emissionshandels ein. Der Grundgedanke des Emissionshandels ist durchaus richtig, nur hat er aufgrund
10 seiner Umsetzung in den letzten Jahren seine Wirkung verfehlt. Unternehmen haben die Möglichkeit in
11 emissionsarme Technologien zu investieren, andernfalls müssen sie vermehrt Emissionszertifikate erwer-
12 ben. In Zukunft dürfen Zertifikate beispielsweise nicht kostenlos, möglich ist eine preisliche Staffelung,
13 allerdings mit Berücksichtigung der jeweiligen Produktionssparten, verteilt werden, sondern sie müssen
14 erworben werden. Generell muss jedes Unternehmen für seine gesamten Emissionen Zertifikate besitzen.
15 Die jährliche zur Verfügung stehende Gesamtmenge an Zertifikaten muss langsam verringert werden. Ein
16 Problem ist, das es bisher keine ausreichende Überprüfung und Sanktionierung von Verstößen oder
17 Missachtung des Emissionshandels gibt, hier gibt es, wie in der Umsetzung des gesamten
18 Emissionshandels, Nachholbedarf.

19

20 **Nachhaltige Energieerzeugung**

21

22 Zentraler Punkt einer Energiewende ist die vollständige Umstellung auf regenerative Energien in allen
23 Bereichen. Nur Energie aus erneuerbaren Rohstoffen ist nachhaltige Energie. Dieses Ziel ist ambitioniert,
24 aber grundlegend für eine moderne Gesellschaft mit Zukunft. In den letzten Jahren hat sich der Anteil
25 erneuerbarer Energien in unserem Energiemix nur minimal erhöht – hier muss in den nächsten Jahren
26 mehr passieren. Wir wollen noch in dieser Hälfte des Jahrhunderts unser Ziel eines zu 100 % aus erneu-
27 erbaren Energien gespeisten Energiemixes erreichen und fossile Energieträger damit völlig ersetzen. Es
28 bestehen erhebliche ungenutzte Potentiale, die vor allem mit Forschung in den Bereichen Wirkungsgrade
29 und Speichertechnologien noch ausgebaut werden können.

30

31 Die Nutzung erneuerbarer Energien ermöglicht eine regionale, dezentrale Energieproduktion, bei der viele
32 kleiner Erzeuger ein Netzwerk bilden, sogenannte Verbundnetze. So kann Strom und Wärme effizient durch
33 kurze Transportwege, bedarfsgerecht, kostengünstig und sicher produziert werden. Zusätzlich können
34 diese Netzwerke durch Großanlagen, wie zum Beispiel Solarenergieanlagen oder Off Shore Windparks,
35 je nach Standortgegebenheiten, ergänzt werden. Die nachhaltige Energiegewinnung in Großanlagen steht
36 gerade am Anfang ihrer Entwicklung und bietet noch viel Potential. Unser Ziel ist es, den fossil-atomaren
37 Energiemix durch einen Nachhaltigen zu ersetzen. Hierbei gibt es viele Möglichkeiten, in die es sich lohnt
38 zu investieren.

01 Windenergie ist sauber, leistungsstark und überall verfügbar. Entgegen der Meinung vieler, sind moderne
02 Windkraftanlagen auch sehr leise. Repowering, das entspricht im Grunde einer Modernisierung und Über-
03 holung älterer Kraftwerke, hat sich in den vergangenen Jahren vor allem im Bereich der Windenergie
04 bewährt, so kann zum Beispiel mit der halben Windenergieanlagenzahl, nach entsprechenden
05 Maßnahmen, doppelt so viel Energie erzeugt werden. Repowering kann darüber hinaus aber auch in
06 anderen Bereichen sinnvoll sein. So können beispielsweise alte Kohlekraftwerke durch Gasheizkraftwerke,
07 mit weitaus höheren Wirkungsgraden, ersetzt werden.

08
09 Auch Energie aus Wasser ist meist umweltfreundlich und kann einen hohen Effizienzgrad erreichen. Viele
10 der potentiellen Standorte für Wasserkraftanlagen in Deutschland sind allerdings schon genutzt, könnten
11 aber durch Modernisierungen noch verbessert werden. Hier sind wir auch für eine kritische Überprüfung
12 und gegebenenfalls schonende Erneuerung von denkmalgeschützten Anlagen. So könnte beispielsweise
13 das Walchenseekraftwerk sehr viel mehr Energie produzieren, die Anlagen dürfen jedoch nicht moderni-
14 siert werden.

15
16 Die Geothermie ist ebenso unerschöpflich, wie umweltfreundlich, viele Experten allerdings setzen nicht zu
17 viel Hoffnung in diese Technik, da zum einen die Temperaturtiefenzunahme und zum anderen der
18 Wärmestrom in vielen Gebieten zu gering sind. Auch besteht die Gefahr von Erderschütterungen, wie sie
19 jüngst in der Schweiz auftraten. Es gibt aber auch in diesem Gebiet noch einiges an Potential, wofür sich
20 Forschungsinvestitionen lohnen. Wichtig ist es, wie bei allen Technologien, dass regionale Potentiale sinn-
21 voll genutzt werden.

22
23 Biomasse ist bei uns zum Teil sehr umstritten, gerade wegen moralischer Aspekte. Wir wollen nicht, dass
24 bei uns aus essbaren Rohstoffen Energie erzeugt wird, während überall auf der Welt Menschen Hunger
25 leiden. Das Beispiel des durch Importe der USA stark überhöhten Maispreises in Mexiko, zeigt die mögli-
26 chen negativen Konsequenzen. Nichts einzuwenden ist hingegen gegen die sogenannte Biomasse der
27 zweiten Generation. Hier werden Biogasanlagen aus Haushaltsabfällen, Holzresten und Stroh gespeist –
28 besonders sinnvoll ist hier die Verbindung mit dem Fernwärmenetz zur regionalen Versorgung. Diese ver-
29 wertbaren Stoffe sind natürlich nicht unbegrenzt verfügbar, deshalb fordern wir ein Zertifizierungsverfahren,
30 welches eine transparente Herkunft der Biomasse garantiert und beispielsweise Biomasseimporte aus
31 Tropenländern verhindert. So kann die Biomasse, eben soweit vorhanden, genutzt werden, Ausbeutung
32 auf Kosten Anderer wird aber verhindert.

33
34 Unsere wichtigste Energiequelle ist nach wie vor die Sonne. Sie ist unerschöpflich, überall verfügbar und
35 mit modernen Anlagen, sogar auch schon bei bewölktem Himmel nutzbar. Im Bereich der Sonnenenergie
36 gibt es Photovoltaik, was besonders für die kleinräumige, dezentrale Energieerzeugung geeignet ist, und
37 Großanlagen, beispielsweise solarthermische Kraftwerke, wie Parabolrinnenkraftwerke, die in der Regel
38 einen deutlich höheren Wirkungsgrad erreichen, als vergleichbare Photovoltaikanlagen.

01 **Den Wandel gestalten**

02

03 Für den Übergang in ein solares oder nachhaltiges Zeitalter können wir bei der Grundlastversorgung kurz-
04 fristig noch nicht auf fossile Energieträger verzichten, da es sonst zum einen zu Versorgungsengpässen und
05 zum anderen zu sprunghaften Preissteigerungen kommen könnte. So lange müssen wir bestehende
06 Kraftwerke hinsichtlich Effizienz, Sicherheit und CO₂-Ausstoß konsequent überwachen und modernisieren.
07 Umwandlungen in Niedrig-Emissionskraftwerke, Fernwärme, Verbindungen mit Kraftwärmekopplung oder
08 allgemein optimierte Anlagentechnik sind vorübergehend Ergänzungen zur besseren Nutzung fossiler
09 Energieträger.

10

11 Auch Blockheizkraftwerke sind mögliche Übergangslösungen, da sie einen höheren Wirkungsgrad als
12 Großkraftwerke haben und bei zu großer Entfernung zu einem größeren Kraftwerk Energieerzeugung in
13 Kraft-Wärme-Kopplung für regionale Bereiche möglich wird. Die bei der Stromproduktion entstehende
14 Wärme kann sofort als Heizenergie eingesetzt werden. Das sind jedoch alles nur kurzfristige Lösungen,
15 eine langfristige Investition in fossile Energieträger wäre allenfalls eine schein-soziale Maßnahme um
16 Arbeitsplatzverluste, vor allem in der Kohleindustrie, noch einige Zeit hinauszuzögern. Bezieht man jedoch
17 gesamtwirtschaftliche Effekte mit ein, können bei einer Umstellung auf regenerative Energien bis 2020
18 500 000 neue Arbeitsplätze entstehen – bis 2030 rechnet man sogar mit 800 000 in diesem Gebiet.

19

20 Kohle ist für uns nicht zukunftsfähig. Auch die Technologie der CO₂ Sequestrierung, auch CCS genannt,
21 lehnen wir Jusos ab. Diese Technik ist wenig erforscht, risikoreich und bietet keine Lösung für den Umgang
22 mit CO₂. Mit der unterirdischen Lagerung von Kohlenstoffdioxid, wird ein neues gefährliches
23 Endlagerproblem geschaffen, hinzu kommt, dass auch Kohle, die derzeit für CCS hauptsächlich im
24 Gespräch ist, nur in begrenzten Mengen verfügbar ist. Wir wollen eine Umgestaltung des Energiesektors
25 – die weitere Subvention von Kohle ist ein klarer Widerspruch dazu.

26

27 Das Konzept der SPD „Weg vom Öl“ ist richtig, aber nicht neu. So wurde diese Grundrichtung schon auf
28 dem Parteitag in Hamburg 1977 beschlossen - passiert ist seit dem wenig. Die SPD setzt auf einen
29 Stufenplan zur Umstellung auf regenerative Energien, doch bis 2020 35% des Stroms aus erneuerbaren
30 Energien ist uns zu wenig. Auch der Anteil bei Wärme, welcher auf 20% erhöht werden soll, ist unserer
31 Meinung nach wenig ambitioniert und muss erhöht werden. Wir sind für ehrgeizige Zielsetzungen, die
32 erfüllbar sind, aber Anstrengungen erfordern. An diesen wollen wir festhalten, auch wenn sich andere
33 Staaten weniger ehrgeizige Ziele setzen.

34

35 Am Atomausstieg halten wir fest. Er wurde unter Rot-Grün demokratisch beschlossen und dabei muss es
36 auch bleiben. Es gibt keine schlüssigen Argumente für Atomkraft. Sie ist weder sicher und sauber, noch
37 billig oder unerschöpflich. Jüngste Störfälle, wie in Krümmel, sind keine Einzelfälle und zeigen, dass es
38 auch in deutschen Atomkraftwerken immer zu Zwischenfällen kommen kann.

01 Der deutsche Atomausstieg muss Vorbild für unsere Nachbarn sein, solange wir Atomstrom nutzen, kön-
02 nen wir keine Kritik an Anderen üben. Auch Verfahren wie die Kernfusion können mittelfristig noch keine
03 Lösung für Energieerzeugungsprobleme anbieten und tragen deshalb zur konkreten Lösung der anste-
04 henden Probleme nicht bei. Seit vielen Jahren wird die Kernfusion als Lösung hoch gehalten, die
05 Forschung in diesem Bereich ist allerdings nach lange nicht so weit, dass sich eine Investition lohnen würde
06

07 Wir fordern die Bundesregierung auf, Atomkonzerne dazu zu verpflichten, die Kosten für
08 Atommülltransport und -lagerung selbst zu tragen. Kostengünstig kommt Atomstrom nur bei den
09 VerbraucherInnen an. Die Atomenergie ist massiv gefördert und unterliegt keiner Versicherungspflicht, wie
10 andere Kraftwerke. Keine Versicherung der Welt würde ein Atomkraftwerk versichern und das hat Gründe.

11

12 **Energie für alle**

13

14 Energie muss für alle bezahlbar sein, aber derzeit kommen bei den VerbraucherInnen hauptsächlich stei-
15 gende Preise an. Daher treten wir für eine Preisregulierung ein, die spekulationsbedingte Preissteigerungen
16 unterbindet. Das Monopol der großen Energiekonzerne muss gebrochen und die wirtschaftliche
17 Eigentätigkeit der Kommunen im Bereich Energie gestärkt werden. Schon jetzt gibt es erste Musterbeispiele
18 „autarker“ Kleinstädte – diese, oder auch unabhängige Verbundnetzregionen, sollen mehr werden. Die
19 Handlungsspielräume der Stadtwerke müssen erhalten oder ausgebaut werden, und nicht weiter beschnit-
20 ten werden, wie das mancherorts der Fall ist. Die Rekommunalisierung von Stadtwerken, soweit nicht eh
21 in öffentlicher Hand, ist ein wichtiger Schritt hierfür. Mit kommunalen Stadtwerken ist eine zuverlässige,
22 dezentrale Energieversorgung möglich, die sich an lokale Gegebenheiten anpasst. Nur durch demokra-
23 tisch kontrollierte Stadtwerke kann, bei entsprechenden Rahmenbedingungen, Preisstabilität garantiert
24 werden.

25

26 Wir Jusos fordern die Energienetze endlich in öffentliche Hand zu überführen und damit die Dominanz der
27 vier großen Energiekonzerne einzuschränken, denn nur so haben auch neue Anbieter Zugang zu den
28 Netzen und ein fairer Wettbewerb kann entstehen. Die bisherige Verwaltung der Netze über die großen
29 Energieanbieter schadet der Energiesicherheit, dem Preisniveau und dem Klimaschutz. Zudem ist die
30 Modernisierung der Stromnetze längst überfällig – in den Ausbau und in Netzsicherheit wurde in den letz-
31 ten Jahren nicht genug investiert und damit die Versorgungssicherheit gefährdet. Um die Verwaltung der
32 Netze neutral und fair zu gestalten sind wir für die Gründung einer unabhängigen Netzgesellschaft, deren
33 mehrheitliche Anteile der öffentlichen Hand unterstellt sind. Kontrolliert werden soll diese Netzgesellschaft
34 von der Bundesnetzagentur und der Bundesregierung.

35

36 Doch das sind für uns nur erste Schritte. Für uns gehört Energieversorgung zur öffentlichen
37 Daseinsvorsorge, welche nicht von privater Hand übernommen werden darf. Daher stehen wir für ein
38 Aufbrechen des derzeitigen Monopols und eine Vergesellschaftung der Energieproduktion. Verantwortung

01 für so essentielle Grundbedürfnisse darf nicht in den Händen der rein profitorientierten privaten
02 Energiewirtschaft liegen. Ziel ist für uns ein europäisches Energienetz und eine Gewährleistung sauberer
03 und sicherer Energie zu jeder Zeit. Bis dahin sind wir für eine zügige Modernisierung und einen Ausbau
04 der europäischen Verbundnetzstrukturen. Dadurch werden auch die Bedingungen für eine dezentrale
05 Energieversorgung aus erneuerbaren Energien verbessert.

06

07 **Klimafreundliche Mobilität**

08

09 Mobilität ist eine der Grundvoraussetzungen einer freien Gesellschaft und ein Grundrecht aller Menschen.
10 Sie trägt aber auch durch Treibhausgasemissionen maßgeblich zur Klimaerwärmung bei. Deshalb müssen
11 Verkehr und Mobilität besser organisiert werden. ÖPNV und Bahn sind mit die effizientesten
12 Transportmittel, die wir weiter ausbauen wollen. Dazu gehört eine Ausstattung mit modernen und umwelt-
13 schonenden Antriebstechniken, ein möglichst flächendeckender Ausbau, wo benötigt, und sozial verträg-
14 liche Tarife, die Mobilität für alle bezahlbar machen, aber keinesfalls eine Privatisierung - weder des
15 ÖPNV, noch der Bahn. Daran halten wir langfristig fest. Darüber hinaus muss der ÖPNV steuerlich spür-
16 bar besser gestellt werden. Im Schienenverkehr steckt noch Potential, besonders was den Warentransport
17 betrifft kann noch viel auf die Schiene umgelagert werden. Wir sind uns durchaus bewusst, dass ÖPNV
18 kein Ersatz für Individualverkehr ist, deshalb gilt es auch hier die schädlichen Auswirkung auf ein Minimum
19 zu begrenzen. Besonders in Städten muss Fahrradverkehr mindestens gleichberechtigt neben motorisier-
20 tem Individualverkehr und ÖPNV stehen. Dazu gehören gut ausgebaute Fahrradwege genauso, wie aus-
21 reichend Abstellplätze.

22

23 Das Auto ist nicht nur einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren Deutschlands, es ist für viele Identifikations-
24 und Freiheitssymbol. Doch damit Kraftfahrzeuge Zukunft haben, müssen Unternehmen umdenken.
25 Emissionseinsparungen haben bislang kaum eine Rolle gespielt und auch die Optimierung des
26 Kraftstoffverbrauch wurde nicht so vorangetrieben, wie das der Fall hätte sein können. Und dabei geht es
27 nicht nur um Umweltschäden, sondern vor allem um soziale Aspekte, schließlich werden Kraftstoffe immer
28 teurer, was vor allem GeringverdienerInnen trifft. Hersteller müssen zu verpflichtet werden, sich an stren-
29 ge Auflagen, die zunehmend verschärft werden, zu halten.

30

31 Der motorisierte Individualverkehr hat nur Zukunft, wenn wir in Elektroautos investieren – diese sollen
32 Benzinfahrzeuge in den nächsten Jahren vollständig ablösen und durch regenerative Energien gespeist
33 werden. Eine entsprechende Infrastruktur muss dafür natürlich aufgebaut werden. Hybridfahrzeuge sind für
34 uns daher nur ein erster positiver Schritt. Effiziente und sparsame Fahrzeuge dürfen nicht teurer als ein ver-
35 gleichbares Benzinauto sein – nur so ist eine Umstellung auf Elektroautos möglich. Auch in Biokraftstoffen
36 sehen wir keine zukunftssträchtige Lösung. Allenfalls können sie, unter bestimmten Bedingungen, als Über-
37 gangslösung fungieren.

01 Weiterhin sind wir für eine Kfz-Besteuerung nach dem CO₂ Ausstoß für alle Kraftfahrzeuge ab Baujahr
02 2000. Der notwendige schnelle Wandel darf auch hier nicht auf Kosten der Einkommensschwächeren
03 stattfinden, deshalb sind wir für eine stufenweise Umstellung der Kfz-Besteuerung. Verbesserungen im
04 Bereich der LKWs sind ebenso essentiell, einen Anreiz hierfür kann eine Mautgebühr sein, die sich nicht nur
05 nach Achszahl und Gewicht richtet, sondern sich auch an CO₂-Ausstoß orientiert. Die geplante Senkung
06 des verpflichtenden DurchschnittsCO₂-Ausstoßes von Neuwägen in den nächsten drei Jahren auf höch-
07 stens 120g/km festzulegen, ist ein guter Schritt, der aber auch nach und nach entsprechend aktualisiert
08 werden muss.

09

10 Der Luftverkehr ist wichtig für Deutschland, trotzdem kann er nicht weiter in diesem Maße subventioniert
11 werde. Ein erster notwendiger Schritt ist es den Flugverkehr in den Emissionshandel mit einzubeziehen.

12

13

14 **Klimawandel global**

15

16 Der Klimawandel ist ein globales Problem, dem nur mit internationaler Kooperation entgegengewirkt wer-
17 den kann. Die Folgen der Erderwärmung werden uns in Statistiken oder Katastrophenberichten immer wie-
18 der vor Augen geführt – trotzdem bleiben angemessene Maßnahmen aus. Wir in Europa wurden von den
19 Veränderungen bislang größtenteils verschont. Bei uns kommen hauptsächlich steigende Energie-,
20 Nahrungs- und Rohstoffpreise an, doch auch das nicht in dem Maße, dass wir aufwachen und dem
21 Klimawandel aktiv entgegenreten.

22

23 Extreme Wetterereignisse überall nehmen zu, ganze Ökosysteme leiden und die Biodiversität nimmt stetig
24 ab. Es steigt nicht nur der Meeresspiegel und bedroht damit ganze Länder, auch Dürren und
25 Wassermangel sind Folgen, die sich in Zukunft immer weiter verschärfen werden. Hungersnöte, beispiels-
26 weise durch Verödung vormals fruchtbarer Flächen, Wassermangel und Naturkatastrophen stellen
27 Menschen vor existenzielle Fragen und Flüchtlingsströme resultieren. Darauf müssen wir in Europa ent-
28 sprechend reagieren. Wir müssen Klimawandel so weit wie möglich bremsen und Vorsorgemaßnahmen
29 treffen.

30

31 Das Ziel die globale Erderwärmung auf maximal 2° Celsius zu beschränken ist ein wichtiger und richtiger
32 Schritt – doch dieser muss auch aktiv umgesetzt werden und zwar je früher, desto besser. Dabei müssen
33 Europa und Deutschland die Vorreiterrolle übernehmen. In den Kampf gegen den Klimawandel müssen
34 möglichst viele Staaten miteinbezogen werden, ganz besonders aber müssen die westlichen
35 Industrienationen als Hauptverursacher der Klimaerwärmung sich an den Veränderungsprozessen betei-
36 ligen. Der Klimawandel wird sich in Zukunft durch die industriellen Aufholbestrebungen der Schwellen- und
37 Entwicklungsländern noch beschleunigen.

01 150 Jahre industrielle Naturausbeutung durch die westlichen Industrienationen haben gravierende
02 Schäden hinterlassen und dürfen sich nicht wiederholen, deshalb sind die Industriestaaten gefordert
03 ärmere Länder zu unterstützen, ihnen neuste Technologien nicht vorzuenthalten und vor allem keinen wirt-
04 schaftlichen Konkurrenzkampf zu provozieren. Vereinbarte Zielsetzungen sind keine Machbarkeitsgrenzen,
05 sondern lediglich Mindestverpflichtungen, die weit unterschritten werden können – auch hier ist es Europa
06 und insbesondere Deutschland, das zum Vorbild werden soll und Ziele größtmöglich übertreffen soll.

07

08 Wir brauchen verbindliche völkerrechtliche Vereinbarungen zur Intensivierung des Klimaschutzes mit einem
09 einhergehenden Sanktionskatalog. Eine Ausweitung bzw. Verbesserung des Emissionshandels ist uns nicht
10 genug, konkrete Reduktionsverpflichtungen für alle Länder sind das Mindeste. Der Klimawandel betrifft
11 jetzt schon viele direkt, doch es werden immer mehr. Eine Umkehr ist bereits nicht mehr möglich, doch
12 wenn wir jetzt handeln, können wir die schlimmsten Folgen vielleicht noch verhindern.

13

14 Im Dezember 2009 findet in Kopenhagen die 15. Klimakonferenz der UN statt. Diese ist von besonderer
15 Bedeutung, da hier unter anderem ein Kyoto-Folgeabkommen beschlossen werden kann. Das
16 Kyotoprotokoll gilt nur bis 2012, deshalb ist diese Konferenz die letzte Möglichkeit ein Nachfolgedokument
17 zu verabschieden, in dem internationale Übereinkommen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen
18 und zum Umgang mit dem Klimawandel festgehalten werden können. Die Chancen auf eine erfolgreiche
19 Konferenz mit einem wegweisenden Beschluss, werden derzeit von vielen Experten als unwahrscheinlich
20 eingeschätzt, auch der Wiedereintritt der USA in die Verhandlungen gibt keinen Grund zur Hoffnung. Wir
21 Jusos fordern die Bundesregierung auf, sich aktiv für ein Folgeabkommen mit ehrgeizigen und verbindli-
22 chen Treibhausgasemissionszielen einzusetzen. Dieses Abkommen soll unter anderem Lösungen zur
23 Einbeziehung der Entwicklungs- und Schwellenländer in den Klimaschutz, ohne deren Entwicklung zu
24 behindern, erhöhte Finanzausstattung des Klimafolgenfonds und verbesserte Mechanismen für den
25 Emissionshandel bieten. Deutschland soll sich klar zum Klimaschutz positionieren und eine aktive
26 Vorreiterrolle übernehmen.

27

28 Die nachhaltige Umgestaltung der Industrieländer wird schwierig, doch sie ist machbar, wenn der Wille da
29 ist. Um einiges schwieriger wird, es die Bedürfnisse aufstrebender Wirtschaftsregionen mit dem
30 Klimaschutz zu verbinden. Das Wachstumspotential dieser Regionen darf nicht gefährdet sein, daher müs-
31 sen die Voraussetzungen in den Industrienationen geschaffen werden. Der EU kommt dabei eine beson-
32 ders wichtige Rolle zugute. Sie muss nicht nur neue Anstrengungen anregen, sondern auch mit gutem
33 Beispiel vorangehen.

34

35 Dabei sind auch Vereinbarungen im kleinen Rahmen wichtige erste Schritte. Innovationen und neue tech-
36 nische Möglichkeiten der Energieproduktion und -transport müssen auch anderen Staaten zu Verfügung
37 gestellt werden, es kann nicht sein, dass in Technologien, die hier bereits als veraltet angesehen werden,
38 anderorts noch investiert wird und umgekehrt. Gerade die, die es sich nicht leisten können, selbst in

01 Forschung zu investieren, müssen auch an technologischen Fortschritten teilhaben können. Deshalb müs-
02 sen auch beim Technologietransfer Fortschritte gemacht werden. Hier muss Konkurrenzdenken überwun-
03 den werden, schließlich geht es um Probleme, die uns alle betreffen. Gerade die Regionen die am stärk-
04 sten von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, sind in vielen Fällen nicht Verursacher dessen und
05 haben kaum ausreichend Mittel um auch nur die schwerwiegendsten Folgen abzumildern. Hier ist die
06 internationale Solidarität gefragt – denkbar wäre beispielsweise ein Ausbau des internationalen
07 Klimafolgefonds der UN, in den Verursacher proportional zu ihren Emissionen einzahlen.

08
09 Deutschland und Europa sollen Klimavorbilder werden. Wir wollen Vorreiter bei der
10 Emissionsverminderung sein, wir müssen Grenzwerte nicht nur stetig verschärfen, sondern wir wollen
11 bereits bestehende Verpflichtungen übertreffen – nur so können wir auch von Anderen Taten einfordern.
12 Appelle sind nicht genug, der moralische Zeigefinger, muss von klaren wirtschaftlichen und sozialen
13 Argumenten abgelöst werden. Die Absichten der SPD die Treibhausgasemissionen Deutschlands bis
14 2020 gegenüber 1990 um mindestens 40% zu senken sind ein guter Schritt, doch dies ist lediglich ein
15 Minimalwert, das eigentliche Ziel muss weit darüber liegen.

16
17 Darüber hinaus ist auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Strömungen und NGOs
18 aus Bereichen der Umweltpolitik sinnvoll. Nur als glaubwürdige Partnerin an der Seite von ökologisch-
19 engagierten Menschen werden wir als SPD in diesem Themenfeld auch stärker in der breiten Öffent-
20 lichkeit wahrgenommen.

21
22 Deutschland ist schon in in vielen Gebieten, wie beispielsweise Effizienz-, Recycling- und Biotechnologien,
23 gut aufgestellt – das Deutsche Institut für Wirtschaft sieht eine steigende Nachfrage nach innovativen
24 Produkten zu Förderung von erneuerbaren Energien, so wird sich das weltweite Umsatzpotential in den
25 nächsten zehn Jahren schätzungsweise auf etwa 300 Mrd Euro steigern. Trotzdem kann sich gerade auch
26 in diesen Bereichen in den nächsten Jahren noch viel entwickeln, deshalb dürfen wir uns nicht auf kurzfri-
27 stigen Erfolgen ausruhen und ökologisch und nachhaltig relevante Themen fächerübergreifend mehr in
28 unser Bildungssystem integrieren. Das fängt im Kindertagesstätten an, und geht hin bis zu entsprechenden
29 Studiengängen. Es ist entscheidend, dass nachhaltiges Handeln ein Querschnittsthema ist, welches in vie-
30 len Bereich relevant ist, trotzdem dürfen entsprechende Spezialisierungsmöglichkeiten nicht fehlen.

31
32 Klimaschutz muss auf allen wirtschaftlichen und politischen Ebenen eingefordert werden, auch kleine
33 Beiträge sind nicht zu vernachlässigen. Daher sollen Kommunen und Wirtschaftsbetriebe in ganz
34 Deutschland einen Beitrag im Rahmen ihrer Möglichkeiten leisten. Auch hier muss die öffentliche Hand
35 in möglichst vielen Bereichen ein Vorbild sein, zum einen bei Neueinrichtungen, aber auch beim
36 Modernisieren. Dabei geht es um kommunalen Wohnungsbau, öffentliche Gebäude, aber auch um
37 Dienstleistungen, wie zum Beispiel Abfallverwertungsanlagen.

01 Umwelt- und Klimapolitik ist eine Chance für die Sozialdemokratie, die jetzt genutzt werden muss. Wenn
02 wir jetzt die richtigen Zeichen setzen und klar für eine Wende hin zu regenerativen Energien, weg vom fos-
03 sil-atomaren Energiemix, unter sozial gerechten Umständen eintreten, gibt es noch Möglichkeiten den Kurs
04 in die Zukunft in die richtige Richtung zu lenken. Es ist Aufgabe der Sozialdemokratie die Auswirkungen
05 des Klimawandels, gerade auf das Leben der Menschen, klar herauszustellen und daraus deutliche
06 Forderungen zu entwickeln, wie diesen neuen, verschärften Komponenten sozialer Ungerechtigkeit entge-
07 gengewirkt werden kann. Damit zu beginnen ist es nie zu spät, also lasst uns damit anfangen.



GENTECHNIK

AntragstellerInnen Projektgruppe Ökologie
Ansprechpartnerin Christian Körner
AdressatInnen Juso Oberbayern

01 Gentechnik wird in der öffentlichen Diskussion hauptsächlich als grüne Gentechnik wahrgenommen.
02 Diese Diskussion wird in unverantwortlicher Weise geführt: Auf der einen Seite werden die Menschen mit
03 Horrormeldungen geradezu in Panik versetzt, auf der anderen Seite wird von den Gentechnikbefürwortern
04 behauptet, dass gentechnisch veränderte Pflanzen vollkommen unbedenklich sind und damit in naher
05 Zukunft das Ernährungsproblem gelöst werden könne. Ein Problem ist, dass sehr viele Menschen nicht wis-
06 sen, um was es sich bei der Gentechnik überhaupt handelt und diese Technik nicht selbst einschätzen kön-
07 nen. Wir Jusos fordern deshalb unabhängige, leicht zugängliche und allgemeinverständliche
08 Informationen für die Menschen, damit eine möglichst unvoreingenommene Herangehensweise an das
09 Thema ermöglicht wird.

10

11 Bei dieser Diskussion wird oft vernachlässigt, dass es nicht nur die grüne Gentechnik gibt, sondern dass
12 man Gentechnik in verschiedene Bereiche unterteilen kann. Momentan gibt es vor allem zwei
13 Anwendungsbereiche, die grüne und die rote Gentechnik. Bei der roten Gentechnik muss man auch unter-
14 scheiden, ob diese zu Forschungszwecken eingesetzt wird oder ob sie schon praktische Anwendung fin-
15 det.

16

17 Bei der grünen Gentechnik liegt der Anwendungsbereich in der Landwirtschaft und in der
18 Nahrungsmittelproduktion, Pflanzen werden mit meist artfremden Genen so verändert, dass gewünschte
19 Eigenschaften wie z.B. Herbizidresistenz erreicht werden.

20

21 Momentan ist der Nutzen der grünen Gentechnik für den Verbraucher noch sehr gering, was sich in
22 Zukunft ändern mag, wenn z.B. nährstoff- angereicherte, schadstoffabsorbierende oder dürreresistente
23 Pflanzen entwickelt werden. Die Einschätzungen der Experten zur Sicherheit in Bezug auf die Umwelt, die
24 Gesundheit der Verbraucher oder wirtschaftliche Aspekte sind meist sehr unterschiedlich. Ein Argument
25 gegen die grüne Gentechnik ist, dass z.B. durch Pollenflug von insektenresistenten Pflanzen die
26 Biodiversität gefährdet ist, vergleichbar mit den Beobachtungen, dass sich Lebewesen nach Einschleppung
27 in Ökosysteme, in denen sie ursprünglich nicht heimisch waren, sehr stark vermehren. Dass durch
28 Pollenflug "Fremdgene" von gentechnisch veränderten Pflanzen auskreuzen können, ist bekannt. Allerdings
29 muss man hier von Pflanze zu Pflanze unterscheiden, die Einschätzungen zur jeweiligen
30 Auskreuzungsgefahr sind sehr widersprüchlich.

01 Zuverlässige Langzeitstudien fehlen noch weitgehend. Beide Seiten versuchen, mit eigenen
02 Untersuchungen Argumente für oder gegen die grüne Gentechnik zu untermauern. Gegner haben z.B. in
03 nicht unumstrittenen Experimenten herausgefunden, dass sich das Blut und die Nieren in Ratten bei
04 Verzehr von gentechnisch veränderten Pflanzen verändert haben. Auf der anderen Seite begründen
05 Gentechnik-Befürworter z.B. ihre positive Haltung bezüglich dem Genmais Mon-810 damit, dass aufgrund
06 von verminderten Pilzbefalls das Krebsrisiko für die Verbraucher sinkt. Untersuchungen auf das
07 Umweltrisiko spiegeln je nach Standpunkt natürlich auch die eigene Position wieder.

08 All das verunsichert die Verbraucher und führt dazu, dass ein überwiegender Teil sich gegen die grüne
09 Gentechnik ausspricht. Wir fordern daher, dass jede gentechnisch veränderte Pflanze von mindestens zwei
10 unabhängigen (!) Forschungsinstituten bezüglich Gesundheitsverträglichkeit und Einfluss auf die Umwelt
11 untersucht wird. Erst nachdem in Langzeitstudien die Unbedenklichkeit nachgewiesen wurde, ist über eine
12 Freisetzung der Pflanzen zu entscheiden.

13

14 In Anbetracht der Tatsache, dass es bei Eingriffen in lebende Organismen schwierig ist, gefühlsmäßige und
15 rationale Argumente zu trennen, ist es für die meisten Menschen momentan nicht leicht, sich eine unab-
16 hängige Meinung zu bilden. Wichtig ist daher eine neutrale Aufklärung über die grüne Gentechnik, die
17 nicht eine vorgefertigte Meinung vermitteln soll, sondern dem/der VerbraucherIn die Gelegenheit gibt, sich
18 unabhängig zu positionieren.

19

20 Ebenso ist es wichtig zu zeigen, dass es in der grünen Gentechnik verschiedene Zielsetzungen gibt. Zum
21 einen versuchen Firmen wie Monsanto, eigene Produkte bestmöglich zu vermarkten. Dazu wird das
22 Saatgut patentiert, was bedeutet, dass Bauern jedes Jahr neues Saatgut kaufen müssen, da es Ihnen ver-
23 traglich verboten wurde, die eigene Ernte auch als Saatgut zu verwenden. Diese Praxis führt dazu, dass
24 gerade arme Bauern, die sich das teure Saatgut kaum leisten können, nach Ernteaussfällen in große
25 Existenznot geraten können.

26

27 Sind Felder, die mit konventionellen Pflanzen bebaut wurden, mit gentechnisch veränderten Pflanzen kon-
28 taminiert, wurde schon häufig Klage gegen die Besitzer eingereicht mit dem Ziel, dass diese auch
29 Gebühren für Saatgut entrichten müssen. Ebenso ist es bei herbizidresistenten Pflanzen häufig festgelegt,
30 dass Landwirte passende Chemikalien sozusagen im Doppelpack mit dem Saatgut kaufen müssen, was
31 die Abhängigkeit von den Firmen weiter erhöht. Eine gesetzliche Regulierung an dieser Stelle ist zwingend
32 erforderlich, schließlich sind Pflanzen keine Produkte wie jedes andere, sondern gehören zu unseren natür-
33 lichen Lebensgrundlagen, auf die es keine Patente geben darf. Forschungs- und Entwicklungskosten von
34 transgenen Pflanzen dürfen auf die Art und Weise, wie es momentan geschieht, nicht an die Verbraucher
35 weitergegeben werden. Daher ist es allein schon von diesem Gesichtspunkt aus notwendig, dass
36 Forschung in die grüne Gentechnik in öffentlicher Hand liegt. Zielsetzungen müssen vorher gründlich dis-
37 kutiert werden, dabei sind alle Faktoren wie z.B. Nützlichkeit, mögliche Umwelt- und Gesundheits-
38 Verträglichkeit mit einzubeziehen. Besteht die Möglichkeit, in absehbarer Zeit mit klassischen

01 Züchtungsmethoden die gleichen Ziele zu erreichen, so ist diese vorzuziehen.
02 Auf der anderen Seite gibt es Ziele, transgene Pflanzen zu erzeugen, die mit neuen Eigenschaften den
03 Menschen nützlich sein sollen. Beispiele dazu sind z.B. dürreresistente Pflanzen und der sogenannte gol-
04 dene Reis. Ziel der Veränderung beim goldenen Reis war laut der beteiligten Forscher ein Mittel gegen den
05 in Entwicklungsländern Asiens häufigen Vitamin-A Mangel (Ursache für Augenleiden bis hin zu Erblindung,
06 so wie Beeinträchtigung des Immunsystems) zu finden. Kritiker des goldenen Reises befürchten, dass bei
07 einem positiven Beispiel die grüne Gentechnik insgesamt mit der Zeit als gut angesehen werden könnte.
08 Außerdem liege die Ursache des Vitamin-A-Mangels auch darin, dass die dortige Landwirtschaft auf
09 Monokultur umgestellt wurde und das mit konventionellen Pflanzen (z.B. Spinat) oder Vitaminpräparaten
10 das Problem ebenso zu beheben sei.

11
12 Ob manche transgene Pflanzen wirklich etwas gegen die unausgeglichene Ernährungslage in der Welt
13 ausrichten können, wird sich zeigen. Wichtig dabei ist aber, dass zum einen verhindert werden muss, dass
14 einzelne Unternehmen ein Monopol auf solche Pflanzen errichten können. Wir fordern daher, dass die
15 Forschung in grüne Gentechnik vermehrt in öffentlichen Forschungseinrichtungen stattfinden sollte. Dabei
16 sollte immer das Ziel die Ernährungslage zu verbessern bzw. zu stabilisieren, im Auge behalten werden.
17 Dazu ist es notwendig, die öffentliche Forschung in diesem Bereich zu stärken. Dass Firmen Pflanzen ent-
18 wickeln und diese dann in reinem Gewinnstreben bestmöglich und ohne ausreichende Tests zu vermark-
19 ten versuchen, lehnen wir ab. Ebenso fehlt momentan die Akzeptanz in der Bevölkerung für die grüne
20 Gentechnik. Daher finden wir es richtig, wenn gentechnisch veränderte Pflanzen zum jetzigen Zeitpunkt
21 nicht zugelassen werden, allerdings lehnen wir ein Verteufeln von grüner Gentechnik ohne sachliche
22 Argumente ab. Wir Jusos sehen die grüne Gentechnik als Chance, die erst am Anfang ihrer Entwicklung
23 steht und die es kritisch, aber unvoreingenommen zu erforschen gilt.

24
25 Bei der roten Gentechnik liegt der Anwendungsbereich hauptsächlich im medizinischen Bereich. Zum
26 einen ist dieser Bereich in der Forschung wichtig, um biochemische Grundlagen zu untersuchen und auf-
27 grund daraus resultierender Kenntnisse neue Therapieansätze entwickelt werden können. In der Forschung
28 werden dazu eine Anzahl an verschiedenen Organismen gentechnisch verändert wie zum Beispiel
29 Bakterien, niedere Eukaryoten, Zelllinien, aber auch Säugetiere wie z.B. Mäuse. Aufgrund dieser
30 Forschung konnten zahlreiche Fortschritte beim Verständnis von verschiedenen Krankheiten erzielt werden.
31 Weitere Ansätze sind Stammzellenforschung und Gentherapie, um Krankheiten behandeln zu können.
32 Dass diese Forschung die Chance bietet vielen bis jetzt unheilbar kranken Menschen zu helfen, ist unum-
33 stritten. Allerdings ist es notwendig, dass die ethischen Aspekte der Forschung in der Öffentlichkeit disku-
34 tiert werden. Die Frage bleibt, ob alles, was gemacht werden kann, auch durchgeführt werden soll. Ein
35 Beispiel dazu ist die embryonale Stammzellenforschung, die schon jetzt sehr kontrovers diskutiert wird.
36 Wichtig ist auch die Entwicklung von Wirkstoffen aus gentechnisch veränderten Organismen zur
37 Behandlung von Krankheiten. Früher wurde Insulin u.a. aus der Bauchspeicheldrüse von Rindern gewon-
38 nen, was bei der Behandlung von Diabetespatienten häufig zu Unverträglichkeitsreaktionen führte. Heute

01 ist es möglich, humanes Insulin aus Bakterien zu gewinnen, welches kaum Nebenwirkungen zeigt. Am
02 Anfang dieser technologischen Entwicklung war diese Anwendung der Gentechnik noch sehr umstritten.
03 Heute ist diese Art der Gentechnik weitgehend aus der öffentlichen Diskussion verschwunden, sei es, dass
04 ein Teil weitgehend die positiven Seiten dieser Gentechnik sehen oder dass vielen nicht bewusst ist, dass
05 es sich hierbei um gentechnisch hergestellte Medikamente handelt. Wir fordern, dass die rote Gentechnik
06 wieder weiter ins öffentliche Bewusstsein gerückt wird, um zu zeigen, dass Gentechnik nicht nur aus der
07 grünen Gentechnik besteht und es andere Anwendungen gibt, die schon jetzt alltäglich sind. Es gilt die
08 Menschen über Risiken, aber auch Chancen, die in der Gentechnik stecken aufzuklären und den Begriff
09 der Gentechnik zu neutralisieren. Auch in der roten Gentechnik gibt es viele Bereiche, in die es sich lohnt
10 weiter zu investieren, wir fordern daher, dass rote Gentechnik nicht beim Punkt Stammzellenforschung ste-
11 hen bleibt, sondern dass weiter gedacht wird, damit in Zukunft die Möglichkeit besteht, dass vielen
12 Menschen aufgrund von den Ergebnissen aus der Forschung im Bereich der roten Gentechnik geholfen
13 werden kann. Etablieren sich vermehrt neue Anwendungen, trägt das auch dazu bei, dass bestimmte
14 medizinische Versorgung weniger exklusiv wird und gerade auch Sozialbenachteiligten die neuen
15 Methoden zu Gute kommen.



KEROSIN BESTEUERN - UMWELTFREUNDLICHE MOBILITÄT STÄRKEN

AntragstellerInnen Projektgruppe Ökologie
Ansprechpartnerin Cornelius Müller
AdressatInnen Juso Oberbayern
SPD-Bundestagsfraktion

01 Obwohl die Luftfahrt wohl die umweltschädlichste Art der Fortbewegung ist, die nur einem geringen
02 Prozentsatz der Weltbevölkerung zur Verfügung steht, gibt es keine Besteuerung von Kerosin. Es gibt keine
03 Mineralölsteuer für Kerosin und zusätzlich sind grenzüberschreitende Flüge von der Mehrwertsteuerpflicht
04 befreit.

05

06 Während alle möglichen Abkommen und Gesetze zur Reduzierung von Klimagasen geschlossen und ver-
07 abschiedet werden, schnellt der Kerosinverbrauch und die damit verbundene Umweltbelastung unaufhalt-
08 sam in die Höhe. Die deutlich umweltfreundlichere Bahn zahlt dagegen Mineralöl-, Öko- und
09 Mehrwertsteuer. Oder um genauer zu sein, die Bahnkunden, die sich für eine umweltfreundlichere
10 Fortbewegung entscheiden, müssen all diese Steuern über die Fahrpreise begleichen. Hier entsteht ein rie-
11 siger Wettbewerbsnachteil, der sowohl ökonomisch als auch ökologisch nicht rational begründbar ist.

12

13 Zusätzlich tragen alle Menschen die Konsequenzen der Umweltbelastung durch den Flugverkehr - obwohl
14 vielen Menschen sogar die grundlegendste Mobilität verwehrt bleibt.

15

16 **Deshalb lauten unsere Forderungen:**

17

18 Kurzfristig die bereits gegebene Möglichkeit nutzen und nationale Flüge besteuern. Die steuerliche
19 Absetzbarkeit von Dienstflügen unterbinden und aus ökologischen Gründen nur umweltfreundliche
20 Fortbewegungsalternativen steuerlich attraktiver machen.

21

22 Die eingenommenen Steuergelder in die Infrastruktur einer nicht zu privatisierenden Bahn investieren.
23 Neben eines Ausbaus der Schnellzugstrecken zwischen den Großstädten, muss vor allem auch die regio-
24 nale, weniger lukrative, Bahn- und ÖPNV-Infrastruktur gestärkt werden.

25

26 Es ist sicher zu stellen - u.a. durch die Kontrollfunktion des Bundestages auf die sich im öffentlichen Besitz
27 befindende Bahn - das die eingenommen Kerosinsteuergelder so ausgegeben werden, dass dabei
28 Arbeitsplätze nach unserer Vorstellung von "Guter Arbeit" entstehen.

29 Es müssen Arbeitsplätze entstehen die langfristig sicherer, sowie ökologisch und ökonomisch sinnvoller
30 sind, als im Bereich des Flugverkehrs.

01 Es sind geeignete Maßnahmen zu treffen um einen eventuell auftretenden, absurden Tanktourismus in
02 andere Länder zu unterbinden. Eine Verbrauchssteuer, anstatt einer reinen "Tanksteuer", kann hierbei z.B.
03 ein hilfreiches Mittel sein.

04

05 Kurz- bis Mittelfristig ein Europäisches Abkommen schließen, damit zügig wichtige Flugverkehrsstrecken
06 durch schnelle und umweltfreundliche Zugverbindungen abgelöst werden können. Sobald eine Strecke
07 ausgebaut ist, sind die konkurrierenden Flüge - ebenso wie die Bahn - voll zu besteuern. Der reine
08 Reisezeitvergleich ist beim Vergleich von Bahn und Flugzeug nicht alleiniges, ausschlaggebendes
09 Kriterium. Neben An- und Abreisezeiten, Check-In- und -Out-Zeiten, ist ebenso ein Ökologischer Faktor
10 in die Vergleichsrechnung aufzunehmen.

11

12 Ab sofort Internationale Abkommen voran treiben, die dafür Sorge tragen, dass der Internationale
13 Flugverkehr effizienter und umweltschonender wird. Dies erstreckt sich über die Forschung und den Bau
14 von effizienteren und sparsameren Flugzeugen bis hin zur Festlegung von Verbindungen, die aufgrund von
15 alternativen Mobilitätsmöglichkeiten, Ersatzlos gestrichen werden können.

16

17 Es muss bei allen Überlegung im Vordergrund stehen, dass weltweite Mobilität nicht das Vorrecht der
18 Industrieländer und Vermögenden sein kann. Alle Menschen haben ein Recht auf Mobilität - was alterna-
19 tiven zum Flugverkehr unumgänglich macht.



FÜR EIN ÖFFENTLICH FINANZIERTES FAHRRADVERLEIH-NETZWERK IN MÜNCHEN

AntragstellerInnen Regionalverband West
AdressatInnen Unterbezirksparteitag der SPD München,
SPD Stadtratsfraktion

01 Die Jusos München fordern die Etablierung eines öffentlich geförderten Netzwerkes von fixen, in der Stadt
02 verteilten, Fahrradverleih-Stationen. Das Angebot des Netzwerkes soll sich primär an die BürgerInnen
03 Münchens richten und ihnen einen kostengünstigen und unkomplizierten Zugang bieten. Die Reichweite
04 des Netzwerkes soll sich über das gesamte Stadtgebiet erstrecken und nicht nur im Zentrum konzentriert
05 sein.

06

07 **Begründung:**

08

09 Das vorhandene Angebot "call-a-bike" ist in mehrfacher Weise unattraktiv. Die Anzahl der zur Verfügung
10 stehenden Fahrräder ist zu gering, das Auffinden dieser zu langwierig und das Anmeldeverfahren zu kom-
11 pliziert.

12

13 Die Angebote "bicing" in Barcelona und "vélib" in Paris hingegen sind attraktiv und beliebt. "Bicing" ist ein
14 öffentliches Dienstleistungsangebot im Rahmen eines öffentlichen Eigenbetriebes. Die erste halbe Stunde
15 Nutzung ist umsonst, jede weitere kostet 30 Cent, die Jahresgebühr beträgt 30€. Durch die Schaffung
16 eines Netzwerkes von Fahrradverleih-Stationen sind einfache Fahrten in den Stadtkern, innerhalb des
17 Zentrum und aus dem Stadtkern unkompliziert, schnell, flexibel und umweltfreundlich zu erledigen.

18 Mit dem Fahrrad ist man unabhängig von Staus sowie von Verspätungen und Ausfällen im S- und U-
19 Bahnbetrieb. Es ist eine ideale Ergänzung zum ÖPNV und könnte mit ihm in eine enge Kooperation tre-
20 ten. Es ist ein umweltfreundliches Transportmittel, das dem Stadtbild nicht schadet sondern es attraktiver
21 und "gemütlicher" erscheinen lässt.



HÄNDETROCKNERVERBOT

AntragstellerInnen Projektgruppe Ökologie
Ansprechpartnerin Florian Kling
AdressatInnen Juso Oberbayern

- 01 Elektrische Händetrockner arbeiten mit einer Technologie, die 60 Jahre alt ist und auf Verdunstung basiert.
02 Die Luft in Toilettenräumen, die mit Fäkalbakterien und Keimen belastet ist, wird einfach erhitzt und auf
03 die frisch gewaschenen Hände geblasen. Man reibt die Hände aneinander, um den langwierigen
04 Trocknungsvorgang zu beschleunigen. Frustriert verlassen die meisten Leute den Toilettenraum noch mit
05 feuchten Händen. Bei feuchten Händen ist die Wahrscheinlichkeit einer Kreuzkontamination allerdings
06 1.000 Mal so hoch wie bei trockenen Händen.
07
08 **Händetrockner müssen verboten werden.**



KOSTENLOSE WLAN-INFRASTRUKTUR IN MÜNCHEN FÜR ALLE!

AntragstellerInnen Regionalverband West
AdressatInnen Unterbezirksparteitag der SPD München,
SPD Stadtratsfraktion

01 Die SPD-Stadtratsfraktion wird aufgefordert, die Umsetzung von kostenlosen WLAN-Hotspots an allen zen-
02 tralen öffentlichen Plätzen in München zu prüfen.

03

04 **Begründung:**

05 Paris ist bereits eine "digitale Stadt" und ermöglicht BewohnerInnen und BesucherInnen bereits seit Herbst
06 2007 an über 400 Hotspots kostenlosen WLAN-Zugang in Parks, Gartenanlagen, Bibliotheken und
07 öffentlichen Plätzen. Auch Berlin befindet sich seit Februar diesen Jahres in großflächigen Pilotprojekten
08 zur Versorgung mit kostenlosem WLAN. Ziel in Berlin ist es, die kostenlose Versorgung innerhalb des
09 gesamten S-Bahn-Rings sicherzustellen.

10

11 Ein Internetzugang hat einen bedeutenden Stellenwert für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Nicht
12 nur junge Menschen verbringen bereits jetzt einen Großteil ihrer Freizeit in sogenannten "Sozialen
13 Netzwerken", und arbeiten, lernen und kommunizieren immer häufiger über die diversen
14 Internetangebote. Diese Entwicklung erfordert es, den gemeinschaftlichen Bedarf auch gemeinschaftlich
15 zur Verfügung zu stellen. Insbesondere am Medienstandort München.